

Die Wahlen sind zum Teil schon gelaufen

Statt der Bürger bestimmen die Parteien die Abgeordneten

von Hans Herbert von Arnim



HANS HERBERT VON ARNIM

Der 62-jährige Professor für Öffentliches Recht und Verfassungswissenschaften in Speyer. Die wissenschaftliche Untersuchung zu den Bundestagswahlen wurde an seinem Lehrstuhl durchgeführt

Wahltag ist Zahntag“, heißt es. Schön wär's. In Wahrheit haben die Wähler wenig zu sagen. Der Souverän ist entmündigt. Die Parteien entscheiden fast alles ganz allein – vor und nach der Wahl. Der Wähler bestimmt am 22. September zwar die Truppenstärke der Parteien im Bundestag. Wer letztlich die Schlacht gewinnt, nämlich die Regierung bildet und den Kanzler stellt, machen die Parteiführungen aber unter sich aus – in Koalitionsabsprachen nach der Wahl. Selbst wenn Rot-Grün verliert, kann die Koalition möglicherweise mit Hilfe der PDS weiterregieren. Und ob Westerwelle sich zu Schröder oder Stoiber ins Koalitionsbett legen wird, lässt die FDP bewusst offen.

Damit tritt die Wahl der einzelnen Abgeordneten in den Vordergrund – dabei können sich die meisten auf

Grund parteiinterner Nominierung schon jetzt als gewählt betrachten. Von den 128 Abgeordneten, die Nordrhein-Westfalen in den Bundestag schickt, stehen 78 schon vor der Wahl fest (61 Prozent) und weitere 17 mit großer Wahrscheinlichkeit, also insgesamt 74 Prozent. In Bayern liegt die Quote bei 72 Prozent, beziehungsweise 80 Prozent, in Hamburg bei 83 Prozent beziehungsweise 92 Prozent. Diese Zahlen beruhen auf gesicherten Erfahrungswerten dreier Bundestagswahlen, wobei Sicherheitsmargen ebenso einberechnet wurden wie der Neuzuschnitt der Wahlkreise. Will man da noch ernsthaft von einer Wahl unmittelbar durch die Bürger sprechen?

Viele Wahlkreise sind absolut „sicher“, so dass die betreffende Partei den Bürgern ihren Abgeordneten faktisch diktieren kann. Im katholischen Paderborn kann man dem CDU-Kandidaten Gerhard Wächter schon jetzt gratulieren. Das gleiche gilt für Joachim Poß (SPD) in der Arbeiterhochburg Gelsenkirchen. Hier würden, wie Insider witzeln, selbst Vogelscheuchen gewählt, wenn sie nur das richtige Parteibuch hätten. In vielen Wahlkreisen gelangen auch die Verlierer in den Bundestag, weil sie auf der Liste abgesichert sind. Im Wahlkreis Hamm-Unna II etwa „kämpfen“ Dieter Wiefelspütz (SPD) und

Laurenz Meyer (CDU) um das Mandat. Doch da beide sicher in den Bundestag kommen, ist alles Wahlkampfgetöse nur ein Scheingefecht. Auch bei der FDP, den Grünen und der PDS sind die Inhaber vorderer Listenplätze praktisch schon „gewählt“, wenn die Partei nur überhaupt in den Bundestag kommt. Wer in Baden-Württemberg den Grünen seine Stimme gibt, verhilft auch dem Bangkok-Fieger Rezzo Schlauch (der den sicheren Listenplatz 4 innehat) zum Mandat, selbst wenn er ihn eigentlich abwählen wollte. Die Dominanz der Parteien bei der Abgeordnetenwahl hat fatale Weiterungen: Innerparteiliche Verbindungen der Kandidaten erhalten zentrales Gewicht, ihre Anerkennung im Volk wird dagegen zweitrangig. Und dass die Parteien bei der Rekrutierung der Politiker gute Noten verdienten, behauptet niemand. Die Ochsentour in den Parteien verlangt viel Zeit und macht Ortswechsel unmöglich. Qualifizierte, viel gefragte Leute können sich das kaum leisten. Das Rennen um die Mandate machen deshalb meist Beamte und Funktionäre. Und vor allem: Unser Wahlsystem nimmt dem Wähler die Möglichkeit, schlechte Politiker durch Abwahl zu bestrafen: Ist die mangelnde Verantwortlichkeit der Politik gegenüber dem Wähler nicht vielleicht eine Ursache für deren viel beklagte Handlungsunfähigkeit?

Wie könnte man den Mängeln abhelfen? Ein Weg wäre die Einführung der relativen Mehrheitswahl wie in Großbritannien. Dann würden die Wähler entscheiden, wer die Regierung bildet, und nicht die Parteien nach der Wahl. Ein weiterer Weg wäre die Einführung von Vorwahlen der Kandidaten, wie dies etwa Müntefering vorgeschlagen hat, damit aber in der SPD aufgelaufen ist. Vorwahlen würden verhindern, dass die Parteigremien den Bürgern die Abgeordneten diktieren. In jedem Fall müssten die Wähler wie in anderen westlichen Demokratien bestimmte Kandidaten auf den Listen vorziehen können. Bei Kommunalwahlen wird dies in vielen Bundesländern schon mit Erfolg praktiziert. Sichere Listenplätze gäbe es dann nicht mehr. Die Parteien würden bei der Wahl nur noch an der Willensbildung des Volkes mitwirken, statt diese zu beherrschen.